

Droht ein neuer Ausnahmezustand?

Zunehmende staatliche Repressionen

Thomas Stauber

In den vergangenen Monaten haben die staatlichen Repressionen gegen Menschenrechts- und Umweltaktivist(inn)en zugenommen. Zuletzt hatte die Polizei Ende August in einer konzertierten Aktion Razzien in verschiedenen Bundesstaaten gegen bekannte Regierungskritikerinnen und -kritiker durchgeführt. Einige von ihnen wurden verhaftet und schließlich, nach stundenlangem Verhör, unter Hausarrest gestellt. Ihnen wird unterstellt, Mitglieder der verbotenen *Communist Party of India (CPI) Maoist* zu sein und Verbindungen zu maoistischen Untergrundgruppen zu unterhalten. Sollen Dissident(inn)en mundtot gemacht werden?

Namhafte Intellektuelle, Politiker und internationale Watchdog-Organisationen verurteilten die Festnahmen. Sie werteten die Verhaftungen als Versuch der Regierung, unter Rückgriff auf den (Anti-) Nationalismus Aktivist(inn)en zum Schweigen zu bringen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten weiter einzuschränken. Kritische Stimmen sehen Indien auf dem Weg zu einem neuen Ausnahmezustand.

Menschenrechtler im Fadenkreuz

Am frühen Morgen des 28. August durchsuchten Polizeibeamte die Wohnungen zahlreicher Umwelt- und Bürgerrechtsaktivist(inn)en in verschiedenen Teilen des Landes. Bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte die Polizei Laptops, Festplatten, Speicherkarten und politische Literatur. Dabei wurden fünf Aktivistinnen festgenommen: der Menschenrechtler Gautam Navlaka aus Delhi, der bekannte marxistische Dichter Varavara Rao aus Hyderabad sowie die Anwälte Arun Ferreira und Vernon Gonsalves aus Mumbai. Ihnen wird vorgehalten, den Maoisten anzugehören und aktiv bewaffnete Entführungen und Morde geplant zu ha-

ben. Diesen Verdacht traf auch die engagierte Gewerkschafterin Sudha Bharadwaj, die im 1500 Kilometer entfernten Faridabad im Bundesstaat Haryana unter Hausarrest gestellt wurde. Die breit angelegte Polizeiaktion schlug in der Öffentlichkeit hohe Wellen. Nicht erst mit dieser Serie von Verhaftungen nimmt die Furcht zu, Indien könne in eine Ära des McCarthyismus hineinsteuern.

Für viele regierungskritische Kommentatoren steht fest, dass die Missachtung fundamentaler Bürgerrechte in Indien einen neuen Tiefpunkt erreicht hat. Gleichzeitig gibt es Zusammenhänge mit Vorfällen, die den Schluss zulassen, dass die Modi-Regierung systematisch gegen Bürgerrechtler/-innen vorgeht. Vor wenigen Monaten waren Aktivistinnen und Aktivisten in Pune verhaftet worden. Sie hatten sich dort auf einer Protestkundgebung mit den Rechten der Dalits solidarisiert. Ihnen wurden ebenfalls maoistische Umtriebe unterstellt. Ein Vorwurf, der mittlerweile ausreicht, um den Ruf einer Person nachhaltig zu schädigen. Zudem warf Ihnen die Polizei vor, sie hätten in ihren Reden zu Gewalt aufgerufen und dadurch Unruhen mit ausgelöst. Die Betroffenen wurden im Juni 2018 festge-

nommen und sitzen seitdem in Untersuchungshaft, die kürzlich – auf der Grundlage der drakonischen Gesetzgebung des *Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA)* – um 180 Tage verlängert wurde.

Repressionsinstrument UAPA

Der Handlungsspielraum auch für Umweltaktivist(inn)en wird in Indien zunehmend eingeschränkt. Unter dem Vorwurf der „Anstiftung zu Landfriedensbruch“ wurden über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinweg im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu Demonstranten verhaftet. Sie hatten gegen ein Prestigeprojekt der Regierung, den *Salem-Chennai Expressway*, protestiert. Die achtspurige Autobahn würde große Waldgebiete unwiederbringlich zerstören und agrarische Anbauflächen vernichten. Zu den verhafteten Aktivistinnen und Aktivisten gehörten unter anderem der Vorsitzende der *Swaraj-India*-Partei, Yogendra Yadav, der südindische Schauspieler Mansoor Ali Khan, die Studentinaktivistin M. Valarmathi sowie der auch international bekannte Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Thirumurugan Gandhi. Die Umweltaktivisten in Tamil Nadu wurden mittlerweile unter Auflagen wie-

der auf freien Fuß gesetzt, Gandhi ist jedoch weiter in Haft.

Der UAPA dient der Regierung als Repressionsinstrument gegen unliebsame Kritiker/-innen: Das aus dem Jahr 1967 stammende Gesetz soll es den Behörden ermöglichen, besser gegen terroristische Gruppen und ihre Aktivitäten vorzugehen. Kommt er zur Anwendung, werden die Grundrechte der Betroffenen massiv eingeschränkt. Der UAPA erlaubt den Polizeibehörden, Verdächtige mindestens 180 Tage lang festzusetzen, wenn sie der Staatsanwaltschaft belegen können, dass entscheidende Ermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten. Damit können Verdächtige weit länger festgehalten werden, als es die 90-Tage-Frist für mutmaßliche Schwerverbrechen (*judicial custody*) ohnehin ermöglicht. Anfang September machten die Behörden ernst und verlängerten die Haft der Dalit-Unterstützer in Pune um weitere 5 Monate. Nach derzeitigem Stand blüht auch Thirumurugan Gandhi eine Verlängerung der U-Haft. Rechtsanwälte gehen in beiden Fällen davon aus, dass langwierige und zähe Verhandlungen bevorstehen, um die Aktivisten aus der Haft freizubekommen. Zum Vergleich: In den vergangenen zehn Jahren wurden unter UAPA 15 Menschenrechtler, Wissenschaftler, Journalisten und Professoren festgenommen.

Mit dem UAPA-Gesetz sehen sich Aktivist(inn)en und Menschenrechtler/-innen denselben staatlichen Repressionen ausgesetzt wie mutmaßliche Terroristen und gewaltbereite Gruppen. Kritische Fragen nach der Legitimität des behördlichen Vorgehens werden mit dem Verweis beiseite gewischt, es handle sich schließlich bei den Verhafteten um *Urban Maoists*. Stets wird der angebliche Konnex zwischen den Maoisten und Verdächtigten bemüht. So ließ die Polizei im Falle der Dalit-Proteste in Pune verlautbaren, dass diese

von Maoisten finanziert worden seien und die Aktivist(inn)en eigentlich dem Terror zugeneigte Linksradikale seien, die ein Mordkomplott gegen den Premierminister geschmiedet hätten.

Gezielte Tötungen

Thirumurugan Gandhi wird von den Behörden in den vergangenen Monaten ins Visier genommen, da er unverhohlen Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen im Land kritisierte. Gandhi brachte Erschießungen durch die Polizei bei Protesten gegen die Kupferhütte des Großkonzerns *Vedanta* im südindischen Tuticorin an die (internationale) Öffentlichkeit. Diese Proteste richteten sich insbesondere gegen die ökologischen Schäden in der Küstenstadt. Das Grundwasser gilt als stark belastet, auch die Grenzwerte in der Luft werden um ein Vielfaches überschritten. Viele Menschen, die in der Nähe der Kupferschmelzerei leben, klagen über gesundheitliche Belastungen. Seit Jahren fordern sie die Schließung durch den Mutterkonzern. Bei den jüngsten Protesten im Mai 2018 starben dreizehn Menschen durch Polizeikugeln, zahlreiche Demonstranten wurden verletzt.

Mitte Juli hatte Gandhi deswegen dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf von der Gewalt und den Erschießungen durch die Polizei berichtet. Auch nach Deutschland wurde Gandhi eingeladen, zu den Menschenrechtsverletzungen zu referieren. Als er von seiner Europareise am 9. August nach Indien zurückkehrte, wurde er am Flughafen von Bangalore unter dem Vorwurf der „Volksverhetzung“ und „Aufruhr“ festgenommen. Die Polizei brachte ihn anschließend nach Chennai, in die Hauptstadt Tamil Nadus, wo er seitdem in U-Haft sitzt. Für die Mächtigen ist Thirumurugan Gandhi seit Längerem ein unbequemer Kritiker, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Gegen ihn liegen insgesamt

22 Anzeigen wegen seiner Protestaktivitäten und mutmaßlichen Verstöße gegen polizeiliche Auflagen vor.

Gespens der Maoisten-Verschörung

Zu den Opfern der jüngsten Großrazzia Ende August zählt der Jesuit und Adivasi-Fürsprecher Stan Swamy (s. Artikel im Heft). Auch in seinem Fall erscheinen die Vorwürfe als Blaupause für eine breit angelegte Einschüchterungskampagne. Bei der Durchsuchung seines Büros im *Jesuit Social Service Center* in Jharkand konfiszierten Beamte unter anderem SIM-Karten, Laptop, USB-Speichersticks, Forschungspapiere und politische Literatur. Die Behörden werfen dem Geistlichen vor, Verbindungen zu den in Indien verbotenen Maoisten zu haben und in terroristische Aktivitäten verwickelt zu sein. Im Falle einer Verurteilung droht dem 82-jährigen Jesuiten eine jahrzehntelange Haft.

Swamy war bereits im Juli 2018 festgenommen worden, da er lautstark gegen die Enteignungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber Adivasi in Jharkhand protestiert hatte. Es liegt auf der Hand, dass die Regierung den Priester einschüchtern will. Jharkhand ist reich an Bodenschätzen, dennoch grassiert hier die Armut, insbesondere unter den Adivasi. Swamy und seine Unterstützer/-innen setzen sich dafür ein, dass die Adivasi ebenfalls über diesen Ressourcenreichtum verfügen können. Nach Schätzungen befinden sich Bodenschätze im Wert von über einer Billion US-Dollar in Regionen, die von etwa 20 Millionen Adivasi besiedelt werden. In Jharkhand leben große Teile von ihnen in Gegenden, die reich an Mineralien und Uran sind.

Unterstützung erfährt der Jesuit Swamy vom Vorsitzenden der indischen Bischofskonferenz, Theodore Mascarenhas. Für den Bischof erfüllen die Hausdurchsuchungen und Fest-

nahmen den Zweck, Kritik zu unterbinden: „Sich für verfassungsmäßig verbriefte Rechte von Dalits und anderen Marginalisierten einzusetzen, hat nichts mit antinationalen Aktivitäten zu tun und kann schon gar nicht als strafbare Handlung gelten.“

Die Anschuldigungen gegenüber Swamy erscheinen zahlreichen Beobachter(inne)n genauso vorgeschoben wie gegenüber den Aktivist(inn)en von Pune und den Menschenrechtler(inne)n. Es soll vermutlich ein Exempel statuiert und Kritiker/-innen sollen zum Schweigen gebracht werden. Zudem wollen Hindunationalisten aus BJP und anderen radikalen Hindutva-Gruppierungen die Chancen einer außerparlamentarischen Opposition und eines breiten Protestes vereiteln. Kurz vor dem Superwahljahr 2019 wäre dies eine große Gefahr für Modis Macht.

Briefe der Genossen

Die Sicherheitskräfte betreiben mit aller Macht die Verschwörungstheorie von den *urbanen Maoisten*. Im Licht der jüngsten Festnahmen präsentierte die verantwortliche *Maharashtra Police* zahlreiche Briefe und E-Mails, die belegen sollen, dass es sich bei den Aktivisten um Mitglieder der CPI (Maoist) handele. Auf einer Pressekonferenz in Mumbai wurden der Öffentlichkeit angeblich an die Öffentlichkeit *geleakte* Dokumente der „Genossen“ von der CPI vorgestellt. Sie sollen von beschlagnahmten Laptops und PCs stammen. Stutzig macht unabhängige Fachleute die Form der Schreiben, die keine Quellen oder Briefköpfe enthalten. Auch der Stil sei für die Maoisten der CPI unüblich. Diese würden sich eher kodierter Sprache bedienen und ihre „Kameraden“ nicht als solche und schon gar nicht mit Klarnamen ansprechen. Zudem seien detaillierte Pläne von Waffenbeschaffungen, Entführungen und Mordanschlägen in den Briefen und Mails enthalten. Diese Offenheit erstaunt,

wenn man bedenkt, dass es sich bei der CPI (Maoist) und ihren Ablegern um Untergrundorganisationen handelt. Verwunderlich ist für Rechtsexperten zudem, dass die Polizei sensibles Beweismaterial der Öffentlichkeit präsentiert, bevor es überhaupt zu einem Prozess gekommen ist. Zweifel sind daher angebracht, ob es nicht vielmehr darum geht, die Verhaftungen und Razzien nachträglich als großen Erfolg zu legitimieren.

Protest im EU-Parlament

Namhafte indische Intellektuelle, Schriftsteller, Anwälte, Wissenschaftler und Geistliche verurteilten die Verhaftungen. Auch die Schriftstellerin Arundhati Roy wandte sich gegen die Festnahmen: Abweichende Meinungen und sozialer Protest würden hier kriminalisiert werden. Im Vorlauf zu den Wahlen 2019 handele es sich um „einen Coup gegen die indische Verfassung und gegen all die Freiheiten, die wir schätzen.“ Die Ökonomin Jayati Gosh bezeichnete das Vorgehen als „Ausnahmestandard 2.0“. Dahinter stecke eine äußerst nervöse Regierung, die „Widerstand im Keim ersticken und verhindern will, dass sich breiter Protest organisieren kann.“

Einige EU-Parlamentarier/-innen haben in diesem Kontext die Europäische Kommission aufgefordert, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indien solange auf Eis zu legen, bis die verhafteten Aktivist(inn)en wieder frei sind. Insbesondere die Inhaftierung des schwerbehinderten Hochschullehrers G.N. Saibabaseshens als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung an. Saibaba war im März 2017 wegen mutmaßlicher Verbindungen zu den Maoisten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Auch Arundhati Roy hatte sich wiederholt öffentlich für seine Freilassung starkgemacht. Der Brief wurde von neun Parlamentarier(inne)n des linken Lagers unterzeichnet. Aus dem

parteipolitisch konservativen Spektrum konnten keine Abgeordneten mit an Bord geholt werden. Während der Brief als wichtiges Signal für die Menschenrechtsaktivist(inn)en im Land gewertet werden kann, werden dem Statement wenig Chancen eingeräumt, tatsächlich die EU-Politik gegenüber Indien zu beeinflussen.

In einem Protestbrief wandten sich weitere bekannte Persönlichkeiten wie der progressive Hindu-Geistliche Swami Agnivesh, die Bürgerrechtlerin Teesta Setalvad und der Dalit-Anwalt Jignesh Mevani sowie viele andere Intellektuelle und Gelehrte gegen das Vorgehen der Polizeibehörden. Sie fordern die sofortige Freilassung der Aktivistinnen und Aktivisten, da die Anschuldigungen haltlos und erfunden seien. Es handele sich ausschließlich um politisch motivierte Festnahmen. Dem fügte der bekannte Menschenrechtsanwalt Prashant Bhusan hinzu, dass es sich um einen Angriff auf die Demokratie handele, „wenn einerseits renommierte Bürgerrechtsaktivisten weggesperrt und auf der anderen Seite für hindunationalistische Lynchmobs Freifahrtscheine für weitere Morde ausgestellt würden.“ Die Gerichte werden sich in den nächsten Monaten mit den Anschuldigungen befassen müssen. Ihnen steht dabei eine schwierige Aufgabe bevor: die Furcht vor einem „Ausnahmestandard 2.0“ zu entkräften und den Ruf Indiens als funktionierender Rechtsstaat wiederherzustellen.

Zum Autor

Thomas Stauber, Soziologe und unabhängiger Journalist, lebt und arbeitet in Mumbai. Er twittert unter @stauber_thomas